

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebungen. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Ertheilung

wöchentlich von und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Quartal 1 G. 20 Pf. für das Jahr 3 G. 20 Pf. für die Beilagen „Rund um den Erdball“, „Frühliche Welt“, „Land- und Hauswirtschaft“, „Frauenwelt“, „Unterhaltungsbelletr“, „Unterhaltung und Wissen“.



Anzeigen

werden die sechsseitige 3 mm hohe (Pett) -Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Druckkosten und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771. Annahmegerühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 46

Dienstag, den 16. April 1929.

22. Jahrgang.

Wenn Paris scheitert.

— Paris, 16. April.

Die Reparations-Konferenz in Paris steht auf Siegen und Brechen: wir müssen uns auf eine Reihe entscheidender Tage gefaßt machen, auf Pressionsmaßnahmen der gegnerischen Parteien und auf Verhandlungen, von deren Ausgang in jedem Falle ungeheuer viel für die deutsche Wirtschaft abhängt.

Wenn es bei dem in der Deutschrift der Sachverständigen der alliierten Hauptgläubiger entworfenen Zahlungsprogramm verbleiben und die darin erhobene Forderung das letzte Wort bedeuten soll, dann ist jedes weitere Verhandeln in Paris zwecklos. Die deutsche Delegation kann und wird nicht über derartig phantastische Projekte verhandeln, geschweige denn, ihnen zustimmen. Für einen Nachlaß von höchstens 200 Millionen Mark im Jahre sollen wir eine höchst zweifelhafte politische Schuld in eine festfundierte Handels Schuld umwandeln und außerdem noch die Schulzinsbelastungen für die deutsche Währung preisgeben. Das stellt eine Zumutung dar, wie wir sie von den Sachverständigen nicht erwartet hätten.

Wichtig ist die Konferenz noch nicht zu Ende. Die deutsche Delegation hat zwar an ihrer ablehnenden Haltung keinen Zweifel gelassen, sie wird sicher aber auch alles tun, um die Sachverständigen der Gegenseite zur Reue zu veranlassen. Außerdem scheint Eben Young, der Vorsitzende der Konferenz, so etwas wie einen Vermittlungsversuch in Bereitschaft zu haben. Die letzten Trümmer sind noch nicht ausgeharkt, aber können wir uns nicht darüber: das Spiel steht schlecht; die Einigungsmöglichkeiten sind gering!

Welche Folgen wird nun ein Scheitern der Reparations-Konferenz für Deutschland nach sich ziehen? Zunächst die Rückkehr zum Dawesplan! Das heißt, wir müssen wie bisher Monat für Monat 200 Millionen Mark Tributs zahlen, und Varler Gilbert muß die von Deutschland in Mark aufzubragenden Reparationen in fremde Devisen umwandeln und an das Ausland überweisen.

Die Debitur derartiger Überweisungen oder Transferierungen ist sehr beschränkt und nicht jedermanns Sache. Man hat die Möglichkeit, wieder transferieren werden kann, weder mit der Materie, eingekauft, noch hat man praktische Erfahrungen darin, ist es doch das erste Mal, daß derartige Milliardensummen mobil gemacht werden. 1870 haunnte schon alle Welt, als die Franzosen fünf Milliarden M. Kriegsentwädigungen zahlten!

Eines allerdings wird jedermann wissen, nämlich, daß, wenn man Marktribute in Devisen umwandeln will, man Devisen haben muß. Schon die alten Münzberger haben niemanden gehangen, es sei denn, sie hätten ihn gehabt. Transferierungen sind also ohne Devisen nicht möglich. Bisher klappte alles, weil uns durch kurz- und langfristige Kredite überreichlich fremde Gelder zufließen. In den letzten Monaten ist jedoch ein radikaler Umsturz eingetreten, es beginnt an Devisen zu mangeln!

Auf den ersten Blick mag es überraschend erscheinen, wie dieser Wandel eintreten konnte. Schließe man doch vor wenigen Monaten im Auslande noch unter Hinweis auf die rapide amanhenden Gold- und Devisenreserven der Reichsbank, Deutschland „schwimme in Gold“. Die Erklärung liegt darin, daß in den letzten Wochen New York wieder Gelder an sich gezogen hat, weil infolge der Geldknappung in America in New York wieder mit besserer Augen zu verfahren sind, als in Deutschland. Welche Folgen ein Anhalten dieser Entwicklung für Deutschland haben muß, liegt auf der Hand: beruht doch das ganze „Funktionieren“ des Dawesplanes darauf, daß man uns Kredite zur Bezahlung der Reparationen gewährte.

Erhalten wir keine Kredite, dann können wir nicht mehr bezahlen, und mangelt es an Devisen, dann kann Varler Gilbert nicht mehr transferieren. Nach dem Dawesplan, der diesen Fall ausdrücklich vorsieht, müssen die von uns aufzubragenden Reparationssummen dann in Deutschland angekauft und der deutschen Wirtschaft in Form von Anleihen zur Verfügung gestellt werden. Inwieweit haben also die Gläubiger das Nachsehen.

Nicht minder ernst und allerdings die Nachstelle für die deutsche Wirtschaft. Nach wie vor müssen wir die alten Tributsummen anbringen. Statt der von Paris erpöbten Erleichterungen werden sich neue Schwierigkeiten ankümmern: die Reichsbank wird die Diskontsgrabe anziehen, und die Weltbank wird werden keine Neigung bekunden, uns neue Kredite zu gewähren. Letzten Endes wird sich alles das dahin auswirken, daß die misliche Wirtschaftslage, die wir seit Monaten zu verzeichnen haben, noch eine Verschärfung erfährt.

Man mag diese Nachteile so oder so einschätzen: in der Festigkeit der Mark werden sie nicht rütteln! Die deutsche Währung ist absolut sicher, eine neue Inflation völlig ausgeschlossen. Die Waise muß sich deshalb im Rahmen einer festen Währung ausleben! Und dann vergesse man nicht, sollte die Pariser Konferenz scheitern, sollten sich die ungünstigen Folgen einstellen, dann wird diese Belastungsprobe nur von sehr begrenzter Dauer sein. In zwölf Stunden wird man einen neuen Lauf zur Lösung des Reparationsproblems unternehmen! Für uns aber ist es besser, mit zusammengebißenen Zähnen in diese besessene Belastungsprobe zu gehen, als einen Wechsel zu unterschreiben, an dessen Einlösung wir selbst nicht glauben.

Rückzug der Gläubigermächte?

Die deutsche Delegation sagt Nein. — Die Alliierten lassen die „Mindestforderungen“ fallen.

— Paris, den 16. April.

Die Reparations-Sachverständigen traten gestern zu einer neuen Vollsitzung zusammen, um die Stellungnahme der deutschen Delegation zu der Deutschrift der alliierten Hauptgläubiger entgegenzunehmen. Im Gegensatz zu den vielfach geäußerten Erwartungen hat die Sitzung nicht mit dem Abbruch der Konferenz geendet, man hat sich vielmehr auf Dienstag vormittag vertragen, um die Aussprache über das Memorandum fortzusetzen.

Obgleich von amtlicher Seite nichts über den Verlauf der Konferenz mitgeteilt wird, unterliegt es doch keinem Zweifel, daß die deutsche Delegation auf das allerentschiedenste ihr „Unannehmbar“ zu den Forderungen der Alliierten zum Ausdruck gebracht hat. Auf allierter Seite hat man darauf anscheinend ein wenig Angst vor dem eigenen Wort bekommen. Jedenfalls hat man beschlossen, die Deutschrift der Alliierten nicht als Grundlage zu nehmen, sondern zunächst mit Unterzählungen über Zweck und Bedeutung der Deutschrift zu beginnen, wobei die Deutschrift der alliierten Hauptgläubiger lediglich als ein interessanter Beitrag zu der Materie der Konferenz gilt.

Deutsche Fragen an die Sachverständigen

In dieser Mitteilung darf man wohl eine gewisse formalisierte Erklärung erwarten, die den Sachverständigen die Fortsetzung ihrer Arbeiten ermöglichen soll. Wie noch bekannt, sind von deutscher Seite im Verlaufe der Konferenz mehrere Fragen vorgebracht worden, die vor allen Dingen auch der Zusammenfassung der von den Alliierten geforderten Zahlen gelten.

Die Fragen der deutschen Delegation werden am Dienstag von den Gläubigern beantwortet werden. Man wendet also das gleiche Verfahren an, wie bei der ersten Deutschrift der Gläubiger vor Dieren, wobei ebenfalls lediglich über Zweck und Nutzen der Deutschrift verhandelt wurde.

Keine Veröffentlichung der Deutschrift.

Die Absicht der Veröffentlichung der Gläubiger-Deutschrift, die von den Franzosen am Sonntag gefordert wurde, ist gesteuert von den Sachverständigen fallen gelassen worden. Man war allgemein der Ansicht, daß hierdurch der Deutschrift eine zu große Bedeutung beigelegt werden würde. Eine Veröffentlichung der Deutschrift wird im übrigen aber auch deshalb für überflüssig gehalten, weil der wichtigste Inhalt der Deutschrift — die Zahlen — durch die Presse bereits bekannt geworden sind.

Danach träte es also zu, daß die vier Sachverständigen der Hauptgläubigermächte Jahreszahl zu in Vorschlag gebracht haben, die mit 1,8 Milliarden Mark beginnen und bis auf 2,4 Milliarden M. ansteigen.

Wesentlich voll erscheint vor allem noch die Tatsache, daß nach den letzten Mitteilungen an die Presse die Gläubiger keine Mindestforderungen erhoben, vielmehr anscheinend zum Ausdruck gebracht haben, daß sie über die Forderungen mit sich reden lassen werden. Diese Bereitwilligkeit soll aus den gestrigen Verhandlungen unzweifelhaft hervorgegangen zu sein.

Alles Weitere hängt nunmehr von den neuer Verhandlungen ab. Bisher ist nur ein negativer Erfolg erzielt: die Ablehnung der phantastischen Zahlen der Gläubiger-Deutschrift; der Weg zu einer positiver Entscheidung, zur Festsetzung tragbarer Forderungen, ist aber nach wie vor sehr holzig, und es ist noch keineswegs sicher, ob die Sachverständigen nicht doch noch stolpern werden.

Am Montag ist übrigens eine Abschrift der Gläubiger-Deutschrift in Berlin eingetroffen.

Gefahren im deutschen Osten.

Zentrums-Huldigung für Hindenburg. — Christliche Grenzen. — Frieden und Minderheiten. — Kein solches Ja in Paris!

Den Abschluß des Ostdeutschen Parteitags des Zentrums bildete eine Grenzlandfeier in Breslau, zu der sich viele Tausende eingefunden hatten. In den Reichspräsidenten v. Hindenburg wurde ein Telegramm geschickt, in dem dem Vater des deutschen Ostens ehrebrührende Grüße dargebracht und das Gebotnis der Treue erneuert wurde.

Einen starken Eindruck hinterließen die Ausführungen des Vorsitzenden der Zentrums-Partei, Brälaten Kaas, die zum Ausdruck brachten, die Grenzziehung im Osten stelle einen Verzicht mit explosiven Möglichkeiten dar. Deutschland wolle nicht Unrecht mit Unrecht vergelten, aber niemand könne ihm verwehren, die Hand auf die Wunde zu legen und zu sagen: Entweder finden die Staatsmänner der Welt den Mut, ihren Böckern zu sagen, daß hier im deutschen Osten eine Wunde blutet, die nach Heilung verlangt, oder sie hätten es sich selbst zuzuschreiben, wenn die Gegenseite sich immer wieder verschärfen. Die Reichs- und Staatsregierung wisse, welche hohes und heiliges Erbe in ihre Hände gelegt sei.

Sichtlich der Möglichkeiten einer Revision der Grenzen äußerte sich Brälaten Kaas wenig zuversichtlich. Er stellte ferner fest, daß Deutschland und Polen unter den jetzigen Wirtschaftsbedingungen nicht weiterleben können, daß eine handelspolitische Einigung jedoch niemals auf Kosten der notleidenden deutschen Landwirtschaft erzielt werden würde. Eine zweite Welle für das beiderseitige Verhältnis erblühte Abgeordneter Kaas in der Frage der Minderheitenpolitik. Redner erklärte, die Minderheitenpolitik bilde einen Angelpunkt des europäischen Friedens. Entweder verständigen sich die neuerschaffenen Staaten dazu, großzügig zu sein, oder sie hätten sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Deutschland habe Polen in der Minderheitenfrage genug Zugeständnisse gemacht, jetzt müsse der Buchstabe des Rechts erfüllt werden.

Zu den Reparationsverhandlungen in Paris äußerte sich Brälaten Kaas dahin: wir wollten leisten, aber nicht nach Diktaten, sondern nach dem ehernen und nichtern Gesetz der wirtschaftlichen Vernunft. Er lege auf dem Standpunkt: „Reber ein ehrliches Nein als ein falsches Ja.“

Zum Schluß behandelte Redner den Wiedereintritt des Zentrums in die Regierung. Er meinte, das Zentrum wolle im Kabinett weder ein Teilchen-Dasein führen, noch im Anhangswagen sitzen, das Zentrum wolle auf die Lokomotive.

Reichswehrminister Stegerwald hatte ausgeführt, sein Volk sei in einer so schwierigen wirtschaftlichen Bedrängnis wie das deutsche. Dieser Bedrängnis müsse in Paris Rechnung getragen werden. Wenn wir den Beschlüssen unsere Zustimmung geben sollten, so müsse die Gewähr dafür vorhanden sein, daß wir nicht die Sklaven anderer Völker würden. Dann müßten wir uns aber auch darüber klar werden, daß wir vor einer Wendung unserer Außenpolitik ständen. Wenn eine Einigung in Paris erfolge, so könne Frankreich die gesamte Weltmeinung nicht die Rheinlandbesetzung aufrechterhalten. Auch die Carfrage müsse aufgeworfen werden.

Ihren Niederlag fanden die Debatte in einer Reihe von Entschlüssen, die die Notwendigkeit von Disziplinmaßnahmen für den Osten betonen.

Prozess um Pulvertabletten.

Dies und Goldmann vor dem Schöffengericht. — Freisprechung der Angeklagten.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Scheinbau und unter starrem Einwirkung der Presse gegen den ehemaligen Staatsanwaltschaftsrat Dietz und den Staatsanwalt a. D. Dr. Karl Goldmann aus Oberfeld wegen verühten Verstoßes militärischer Geheimnisse. Nach längerer Verhandlung wurden beide Angeklagten mangels ausreichender Beweise freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse zur Last gelegt.

Im Prozeß handelte es sich im wesentlichen darum, ob Goldmann mit Hilfe von Dietz versucht hätte, eine von der deutschen Militärbehörde abgelehnte Erfindung für Ferngespräche — Pulvertabletten — an das Ausland zu verkaufen. Die Anklage wegen Landesverrats, die anfangs schwebte, war bereits vor der Eröffnung des Prozesses fallen gelassen worden.

Die Bombe in Weidenfleth.

Die Landvolkversammlung in Hesehe.

Im Weidenflether Bauernprozeß wurden im weiteren Verlauf der Verhandlungen die Zeugen der Landvolkversammlung vom 26. November 1928 in Hesehe vernommen. Die Zeugen bekundeten, daß sie die Ausführungen der Angeklagten Frauen und Kelling gehört haben, in denen die beiden sagten, daß sie unter Umständen mit Gewalt ihre Höfe verteidigen wollten.

Die Zeugen bekundeten übereinstimmend, den Eindruck gehabt zu haben, daß diese Forderungen nur mit Gewalt auf die Bedrohung ihrer Höfe gemeint gewesen seien.

Der Zeuge Gemeindevorsteher Mahlsiedt bestätigte sodann, daß in der Nacht vom 26. zum 27. November 1928 in seinem Anwesen

eine Bombe gelegt wurde, die jedoch nicht explodierte. Einen Verdacht bezüglich des Täters habe er nicht. Dann beantragte der Staatsanwalt, noch einmal den Zeugen Gemeindevorsteher Kraatz zu vernehmen, darüber, ob von dem Angeklagten Hansen auf ihn eingewirkt worden sei, für Hansen günstige Aussagen zu machen. Kraatz gab an, daß er etwa 8 Tage vor der Verhandlung bei Hansen zu tun gehabt habe, und daß dabei über den Prozeß gesprochen worden sei.

Hansen habe in freundschaftlicher Form gemeint, er hoffe, daß Kraatz in seiner Aussage betont werde, daß Hansen, als er von dem Aufmarsch der 200 bis 300 Bauern sprach, nicht angenommen hätte, daß diese mit Gewalt eine Pfändung bei ihm verhindern wollten.

Der Verteidiger stellte dann fest, daß der Angeklagte Hansen sich unter Zwangsverwalter befinde, und daß der Zeuge Gemeindevorsteher Kraatz sein Zwangsverwalter sei. Kraatz sei in dieser Eigenschaft zu Hansen gegangen, und Hansen habe hier in einem zufälligen Gespräch, ohne im entferntesten daran zu denken, Kraatz zu beeinflussen, erstaunt gefragt: „Warum hast du mich wegen Bedrohung angezeigt?“

Dann wird der Redakteur Fischer vom „Nordischen Kurier“ vernommen, der die unter Anklage gestellten Verurteilungen des Angeklagten Frauen nicht mehr bestimmt wiederzugeben vermag. Der alsdann als Zeuge vernommene Amtsgerichtsrat Ranniger bekundete, daß er das Protokoll dem Verlauf der Vernehmungen entsprechend abgefaßt habe.

Bei der zweiten Vernehmung des Zeugen tritt eine ganze Reihe von Angeklagten vor, die sich über die Form des durch den Zeugen angefertigten Verhörs

in bestigen Worten beschwerten. So sagt der angeklagte Frau, daß er bei seiner Vernehmung durch den Amtsgerichtsrat mit den Worten angefahren worden sei: „Sind Sie der Mann gewesen, der die große Schmutze so weit aufgerissen hat?“

Ein Antrag des Rechtsanwalts Dr. Kay, den Reichstagsabgeordneten Sepp-Losfeld zu vernehmen, wurde angenommen. Hierauf wurde die Sitzung bis auf Montag vertagt. Mit der Urteilsfällung wird voraussichtlich nicht vor Mittwoch zu rechnen sein.

Abjehluß der Bergbau-Debatte.

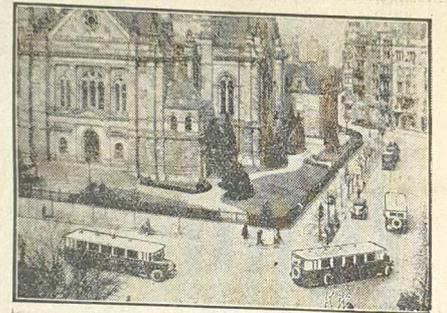
Zurückstellung der Abstimmungen auf Dienstag. — Der Handelsminister stellt richtig.

Der Preussische Landtag führte in seiner heutigen Sitzung die zweite Lesung des Etats der Bergbauverwaltung zum Abschluß. Die Abstimmungen finden am Dienstag statt. Uter (Soz.), der als erster Redner zu Worte kam, führte aus, die Bergbauarbeiter könnten durchaus höhere Löhne haben. Die Löhne seien trotz des Rückganges noch immer zu gering. In Ober-Schlesien seien 33 v. H. aller Arbeiter durch Unfälle beinahe getötet.

In Nichtabstimmung von Vorkommnissen in der Debatte der letzten Tage betonte Handelsminister Dr. Scheidter, die Bergbehörde werde mit aller Sorgfalt darüber wachen, daß Verordnungen der Landeshaupt durch den Bergbau durch Ausführung wieder durchgeführt werden. Vor allem aber gelte es, den denkbaren Verstoß fortzuführen zu erhalten, was insofern im Interesse der Arbeitnehmers wie der Arbeitgeber liege.

Abg. Marx (Dnt.) hob hervor, daß die Bergarbeiter-schaft aus Schwere unter der Anspannung der Verhältnisse leide. Die schwerernden Landgemeinden würden auch durch die geplanten Ein- und Umgemeindungen keinen Auftrieb erhalten. Abg. Schlegel (Soz.) forderte eine Herauslösung der Löhne der Bergarbeiter.

In Auseinandersetzung mit den Kommunisten betonte ein Regierungsvertreter, es treffe nicht zu, daß die Zahl der Explosionen zugenommen habe. Abg. Rangen-Diering (D. Wp.) verwies auf die Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs und erklärte, die liberalen Männer des Ruhrgebietes hätten soziale Einrichtungen bereits geschaffen, ehe es eine Sozialpolitik gegeben habe. Abg. Dr. Schmidt-Münsters kritisierte die in den Ausführungen des Handelsministers Wirtschaft. Die Zusammenhänge zwischen Rentabilität und Zwangswirtschaft ließen sich nicht leugnen. Abg. Fricke (Soz.) wandte sich gegen den Vorredner, wenn man die soziale Frage lösen wolle. Nach kurzen Ansprüchen der Abgeordneten Abel (Komm.) und Krämer (D. Wp.) wurde dann die Aussprache geschlossen.



Eine Großstadt ohne Straßenbahn. Die Bäderstadt Wiesbaden hat als erste deutsche Großstadt die Straßenbahn durch elegante Omnibusse ersetzt.

Das Berechtigungsweien.

Beratung des Kultusministeriums im Landtag. — Berlin, den 15. April 1929.

Der Preussische Landtag begann heute die 2. Lesung des Berechtigungsweien des Kultusministeriums. Der Beratung war eine Reihe von Anfragen im Hinblick auf die Berechtigung der Lehrer, die in der Erziehung und Ausbildung der Mädchen im Lande tätig sind, und daß die Mädchen auf Gestaltung der Reichsjugendbewegung herangezogen werden. Den Ausschussbericht erstatteten die Abgeordneten (D. Wp.), König-Potodam (Soz.) und Strauß (Dem.).

In der allgemeinen Aussprache führte Abg. König-Potodam (Soz.) u. a. aus, es sei erforderlich, mehr Mittel für Schulneubauten und Erziehungsbehörden aufzuwenden. Die Universitäten hätten verlagert. Hauptächlich sei es in Betracht zu ziehen, die neuen Führer dieser Bewegung müsse aber gleich erheblich mehr zur Förderung der Begabten aus diesen Schichten heran werden.

Kultusminister Dr. Becker führte aus: Im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehe heute die Sorge um die ständige Befähigung unserer Jugend, das Berechtigungsweien und das Verhältnis zu den in der Erziehung und Ausbildung der Mädchen im Lande tätigen 20 und 30, die zu vielen Problemen der Jugend Generation keine Beziehung mehr haben und für die Familie und sein wichtiger als der Staat, die er als Unterrichtsminister besonders zu betreuen habe, die er als Unterrichtsminister für jene reife Jugend von 20 bis 30 nicht erschaffen, doch sehe sie im Gegensatz zu dieser noch im Rahmen und in der Acht der älteren Generation. Daraus ergäben sich Schwierigkeiten. Der Minister wies darauf hin, daß die Bedeutung der Schülersektoren als Symptom für die Verhältnisse überhöht würde. Innerhalb der letzten 20 Jahre während die Zahlen für 1927 und 1928 58 und 46 mehr die Schule besuchten, sei ungefähr höher als die der Schüler. Der Minister appellierte an die Presse, nicht durch sensationelle Aufmachung dieser Dinge Angst zu schaffen. Der Minister gab seiner Absehung keine Ausdrück, daß das Berechtigungsproblem nicht durch Verordnung des Unterrichtsministers gelöst werden könne, sondern nur durch eine langsame Erholung der wirtschaftlichen Lage unseres Volkes und bis dahin zur Selbstbehaltung der großen berufstätigen Verbände und in Zusammenarbeit mit einer starken Reichsregierung. Das Problem „Reichskinder“ sei auch für die Wissenschaft insofern ein Problem, als nicht das Reich die freie Forschung und die Länder lediglich die Wissenschaft an ihren Hochschulen betreiben könnten. Er halte es für notwendig, daß die großen Einrichtungen auf dem Gebiete der Forschung unmittelbar von der Behörden verwaltet würden.

Abg. Meyer-Magdeburg (Dnt.) meinte, es bestie die Gefahr eines katastrophalen Vorkommnisses durch den Abbruch der Lehrerbildung. Bei der Schulbehandlung der Ministerien dürfe den Boden gegenüber nicht mehr gesehen als unbedingt nötig sei. Die weltlichen Schulen lehteten die Deutschenationalen ab.

Abg. Vaußner (Ztr.) erklärte, in den letzten Jahren habe eine gewisse Degradierung der Religion in der Schulunterricht, die wieder behoben werden müsse. Ein Reichsschulgesetz sei dringend erforderlich.

Abg. Dr. Ausländer (Komm.) behandelte die Kontroversen der Schulpflicht (D. Wp.) führte aus, die Einführung eines neuen Schulgesetzes, wie es die weltliche Schule sei, dürfe nicht im Wege einer ministeriellen Verordnung erfolgen. Ihre Stellungnahme zu dem Kontroversat mache keine Fraktion von dem Inhalt des Kontroversats abhängig.

Abg. Hoff (Dem.) stimmte den Ausführungen des Ministers zu. Das Scheitern der letzten Schulverhandlungen könnten die Demokraten nicht beklagen. Durch das Berechtigungsweien gerieten die Mittelschulen in Not.

Danach vertagte sich das Haus auf Dienstag.

KARNER, DER DIKTATOR

ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA

(7. Fortsetzung.)

Karner wartete am dritten Tag auf den Besuch Feodora Tomarys. Aber der erfolgte nicht.

Als es Abend geworden war, sprach er sich mit Maxim Donell darüber aus.

Donell überlegte kurz und sagte: „Tanoff hat gehört, daß sich Feodora Tomary auf Ihre Seite stellt?“

„Ja.“

„Das besagt eigentlich, daß Tanoff an die Tscheta gedacht hat. Erlauben Sie, daß ich einmal im Präsidentenpalais anfrage?“

„Donell tat es und kam nach wenigen Augenblicken wieder ins Zimmer. „Feodora Tomary ist abgereist, sagte mir der Beamte der Zentrale.“

„Das heißt...“

„Die Tscheta hat sich ihrer auf Tanoffs Wunsch angenommen.“

Karner war sichtlich bestürzt. „Wir müssen etwas tun, Donell!“

„Unbedingt! Ich vermute, daß man sie nach dem Frauengefängnis gebracht hat. Es ist im linken Flügel der Tscheta-Kaserne. Sie wissen, daß die Tscheta jetzt in der einstigen Kaserne des Infanterie-Regiments Nr. 17 untergebracht ist.“

„Ich hörte das. Sagen Sie, Donell, wenn unterleht die Tscheta?“

Donell überlegte. „Ja, das ist schwer zu sagen. Die Tscheta nimmt gemessenmaßen eine Stellung für sich ein. Sie wurde vor Jahresfrist dem Volkstommiß für die Justiz unterstellt, aber ich befürchte, das war nur formell.“

Karner stand auf. „Wir müssen etwas tun. Bringen Sie mir den Volkstommiß für die Justiz. Diese Feodora Tomary ist oder war zwar die Favoritin des Präsidenten, aber ich habe das Gefühl, daß sie, die fanatisch ihre Heimat liebt, mir als Mitarbeiterin sehr wertvoll sein kann. Auf alle Fälle muß ich sie haben. Sie wissen: Mitarbeiter, die für mich wertvoll sind, sind selten.“

für das Land sei. Dies hatte anfangs nicht gefallen und es hätte unter Umständen dazu führen können, daß sich das Heer gegen Karner stellte. Aber die Unzufriedenheit im Heere war sehr groß, es verdroß Offiziere und Soldaten, daß sie nichts anderes waren als die Vollstrecker der Befehle der Kommissare.

Die Soldaten waren Leute aus dem Volke und die Politik des Sowjetstaates behagte ihnen nicht.

Karner hatte von einem Arbeitsherr gesprochen. Seine Ausführungen darüber wurden in den Kavernen, unter Offizieren wie Mannschaften, leidenschaftlich diskutiert. Und im Verlaufe dieser Debatten kam den Soldaten immer mehr die Erkenntnis, daß diese Forderung Karners tatsächlich die Vaterländische war. Er wollte Rußland groß machen, er wollte die ungeheuren Reichtümer des Landes erschließen. Dieser Gedanke beaufregte die Bauernhöfe und Arbeiter, die den Soldatenleuten angezogen hatten.

Die Offiziere, die sich nie für das Massenideal des Sowjetstaates begeistert hatten, sondern immer den Drang nach der Persönlichkeit in sich spürten, waren von der gewaltigen Persönlichkeit des großen Karners begeistert.

Der kommandierende General von Moskau, Martus Borat, hielt mit den höheren Offizieren seines Stabes Rücksprache und stellte zu seiner Freude fest, daß sie sämtlich Karners Forderung nach der Diktatur begrüßten. Wohl wurden Stimmen laut, die erkennen ließen, daß das Arbeitsherr nicht sympathisch war, aber allgemein war der Grundlag: Alles für Rußland. Diese fanatische Liebe zur Heimat, die nichts von hawinistischem Eroberungsdrang in sich hatte, ließ die Offiziere sich auch mit dem Arbeitsherr befreundeten.

„Kommt das Arbeitsherr“, so sagte der General Borat, „dann werden wir doppelt gebraucht und können doppelten Dienst an der Heimat tun. Wir schützen sie und bauen sie auf.“

Nach der Debatte hatten die Offiziere ihren Chef, Karner aufzusuchen und eine Aussprache mit ihm herbeizuführen. Diese Aussprache fand am dritten Tage statt, etwas später, als Karner mit Donell über die Maßnahmen zur Befreiung Feodora Tomarys gesprochen hatte.

Karner begrüßte den General sehr herzlich, und seine ganze Art wirkte von vornherein außerordentlich gut auf den General.

Der General sprach sich mit Karner aus und erkannte im Verlaufe des Gesprächs immer mehr, daß er einem Menschen gegenüberstand, der den heiligen Willen zu helfen in sich trug. Auch seine Worte wegen einer solchen, gewalttätigen Aufhebung des Heeres wurden ihm gemessen.

„Der Diktator — ich weiß nicht, wer es sein wird — braucht zunächst das Heer, denn die anderen Großmächte werden selber Versuche unternehmen, Rußland zu beunruhigen. Ich

glaube nicht an einen Krieg, aber die Gefahr wäre sofort da, wenn die Auflösung des Heeres oder die sofortige restlose Ueberführung des Heeres in ein Arbeitsherr erfolgte. Die vor sich gehen. Das Arbeitsherr soll Kriegs- und Friedenszweites abermals Macht und zum dritten nochmals Macht. Das können, die Liebe zum Volke und zum Land, die Zurückstellung der eigenen Persönlichkeit, Herr Karner. Das nun notwendige Voraussetzung, Herr Karner, das nun meldete Maximilian Michailoff den Volkstommiß für die Justiz, den Genossen Botowitsch.

„Ich lasse bitten“, sagte Karner ernst.

Der General erhob sich und wollte sich verabschieden, doch Karner bat ihn zu bleiben.

Botowitsch glück in einem Neuherrn einen Belehren. Aus seinen Worten fühlte der große Denker, daß er einen Mann vor sich hatte, der ihm sympathisch gegenüberstand.

„Herr Botowitsch“, begann Karner, „ich freue mich, Sie kennenzulernen. Ich bat Sie zu mir, um von Ihnen einige Auskünfte und vielleicht auch Vorschläge zu erhalten. Sagen Sie, Herr Botowitsch, die Tscheta arbeitet noch weiter?“

Botowitsch wurde ein wenig verlegen und entgegnete: „Offiziell ist sie in der Abwicklung begriffen. Aber Ihre Frage, Herr Karner, bringt mir etwas in Verlegenheit. Ich muß sagen: Sie arbeiten tatsächlich noch.“

„Sie ist das Instrument des Staatspräsidenten, der früher der Leiter der Tscheta war. Stimmt es, Herr Botowitsch?“

Der Volkstommiß für die Justiz gab es zu.

„Wem ist die Tscheta jetzt unterstellt?“

„Aufs neue wurde Botowitsch verlegen.“

„Eigentlich mir, Herr Karner, aber ich habe noch keinen Befehl oder irgendeinen Vorbescheid an die Tscheta erteilt; denn Sie hört nur auf den Präsidenten.“

„Sie können aber, trakt Ihres Amtes als Volkstommiß für das Justizwesen, Befehle erteilen?“

„Ich kann es, aber... ich weiß nicht recht...“

„Hören Sie, Herr Botowitsch: Sie sollen einen Befehl erteilen. Ich vermute, daß Feodora Tomary, von deren Wieder Tscheta-Kaserne untergebracht ist, sich bitte Sie um die Befreiung, eine Revision im Frauengefängnis vornehmen zu dürfen.“

Botowitsch wiegte betreten das Haupt.

„Herr Karner, ich kann Ihnen diese Bitte erfüllen, aber Sie werden keinen Eintritt in die Gebäude der Tscheta erhalten. Es sind immerhin noch sechshundert Soldaten dort.“

„Ich bitte Sie, mir die Erlaubnis zu geben. Ich werde General Borat um meine Unterstützung bitten.“

Auch unter den Offizieren und Soldaten Sowjetrußlands war es.

Nun hatte Karner zwar gesagt, daß das Heer unproduktiv

Spangenberg, den 16. April 1929

Der Kampf gegen die Motten.

Mit dem Beginn des Frühjahrs ist auch das Fechten zum Kampf gegen die Motten gegeben...

Wie soll man sich nun wirksam gegen diese schädlichen Motten verteidigen? Im Grunde gibt es wohl kein infallibles Mittel...

Einfacher und billiger ist gewöhnliches Zeitungspapier. Man lege Schranke oder Fach damit aus...

Ein wirklich sicheres Verfahren besteht darin, daß man die betreffenden Stücke von Zeit zu Zeit lüftet...

Historischer Großfilm. Der vor einigen Tagen von uns angekündigte historische Großfilm „Die Seeschlacht am Stagerat“ wird am 21. ds. Mts. im Heinzschen Saale vorgeführt...

Theater. Am Sonntag, den 21. 4. findet die 4. Fremdenvorstellung für den Ring Hersfeld des Staatstheaters Kassel statt.

as. Spaten heraus! Es ist nicht mehr daran zu zweifeln, der Frühling ist wirklich da, denn in den Gärten und Gärten sieht man die Glühde der Spatenträger emsig bei der Arbeit.

blattes usw. sind je nach Gegend recht verschieden, und jeder schwört auf die Vorzüge seines Systems.

Die Weiterlage. Die Wetterlage ist zur Zeit in rascher Umwandlung begriffen und daher stark wechselnd.

Frühjahr. Zwei auf Wanderschaft befindliche Arbeitslose, die in den Besitz von Brennsprit gekommen waren, und diesen in reichlichen Mengen getrunken hatten...

Willingshausen. Beim Holzschneiden mit der Handläge kam ein hiesiger Einwohner mit der linken Hand in das Getriebe.

Kassel. In der Marktstraße wurde gestern Nacht ein ohne Licht fahrender Panomag angehalten.

Gilsberg. Eine Familie aus dem Nachbarort Schönau war mit ihrem Fuhrwerk zum hiesigen Bahnhof gefahren.

Schwäge. Stadtmusikdirektor a. D. August Muscat konnte heute seinen 75. Geburtstag feiern.

Manfried. Der Verraterverein, Sektion Manfried hat nunmehr den Geldstein auf 6 Jahre, und wenn nicht ein halbes Jahr vor Ablauf des Vertrages gekündigt wird...

Wigenhausen. Der mit einem Motorrad verunglückte Schlosserlehrling ist nach zwei Stunden bereits auf dem Wege zum Bahnhof gestorben.

Neustadt. Bei der Holzbearbeitung auf dem Zimmermannsplatz schlug sich der Zimmermann Hengering mit seiner schweren Axt in den Fuß, wobei die große Zehne fast abgetrennt wurde.

Aus Stadt und Land.

Die Eröffnung der Ausstellung „Gas und Wasser“ in Berlin erfolgt am Freitag, 19. April, um 10.30 Uhr.

Mächtiger Brand in Berlin. In der Holzmarktstraße in Berlin-Mitte brach kurz nach Mitternacht Feuer aus.

Werblicher Häuser in Männerkleidern. In der Frühjahrsmesse in Berlin wurde in den frühen Morgenstunden die Frau Freiba Schmidt, die eine Erstickungshalle betreibt...

Eröffnung der Frankfurter Frühjahrsmesse. In Frankfurt am Main ist soeben die diesjährige Frühjahrsmesse eröffnet worden, die trotz der schlechten Konjunktur im Geschäftslieben gut besetzt ist.

Doppelselbstmord Jugendlicher. In den frühen Morgenstunden des Montag wurden auf der Heintalbach zwischen Hohenheim und Ostersheim die Leichen eines jungen Mannes und eines Mädchens aufgefunden.

Tragödie im Krankenhaus. In Karlsruhe-Beierth im verjüngte der Arzt Dr. Fritz Gehring, der mit seiner Frau in Scheidung lebt...

Liebesdrama in der Irrenanstalt. In der Irrenanstalt Krize bei Kaufbeuren (Schwaben) hat sich ein blutiges Liebesdrama abgespielt.

Korruption ohne Ende. In Bina ist der Wirtschaftspräsident der Direktion der Staatsforsten, Langamer, verhaftet worden.

Mädchenhändler auf der Spur. Die ehemalige Zirkusartistin Therese Bisher, die vor einigen Tagen in der Nähe von Prag die sechsjährige Tochter eines Bandwärters entführt hatte...

Todesopfer des Sports. Bei dem Motorradrennen Budapest-Debreczin stießen vor dem Start in einer Vorstadt von Budapest die Fahrer Dorman und Frankel mit voller Geschwindigkeit zusammen.

Tigerjagd in der Stadt. In Råsjö (Schweden) kam es zu einer wilden Tigerjagd. Aus dem Transportzuge eines deutschen Zirkus entpinnung eine Tigerin und lief in die Bahnhofsstraße...

Erbeben in Nordschweden. In der Provinz Norland in Schweden wurde ein heftiges Erdbeben verspürt, das jedoch nur vor kurzer Dauer war.

